

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 28. Februar 1882.

Nr. 99.

Rechenschaftsbericht des Reichstags- Abgeordneten A. Schlutow, gehalten in der Wähler-Versammlung am 25. Februar.

Meine Herren! Mehr als zu irgend einer anderen Zeit erscheint es mir nach Beendigung der ersten Session eines neuverwählten Reichstages Pflicht aller Abgeordneten, vor ihre Wähler zu treten. Es gilt eben, den regen Zusammenhang zu befestigen, in welchem der Wahlkreis zu demjenigen stehen soll und muß, in dessen Hände er die Vertretung seiner wichtigsten Interessen für eine Reihe von Jahren gelegt hat. Die politische Lage, wie sie sich in den Verhandlungen des Reichstages abspiegelt, kann durch allseitige Erörterung nur an Klarheit gewinnen. Wir mußte die heutige Versammlung noch aus dem Grunde erwünscht sein, da ja über ein Jahr verflossen, seitdem ich hier zu Ihnen sprach, und es mir leider nicht möglich war, im Herbst an der Wahlbewegung mit zu betheiligen. Sie haben mir, trotzdem und ungeachtet mancherlei Agitation gegen mich, doch Ihr Vertrauen bewahrt und mir dasselbe durch die Wiederwahl in einer für mich ehrenvollen Weise aufs Neue bekräftigt. Lassen Sie mich noch nachträglich dafür meinen herzlichsten Dank Ihnen heute sagen. Es ist mir ganz besonders erfreulich gewesen, daß sich bei meiner Wahl mit wenigen Ausnahmen alle Liberalen wiedervereinigten, die Gemäßigten wie die Entschiedensten. Ich lege auf diese Gemeinschaft, wie auf das Zusammengehen aller Liberalen bei den Arbeiten des Reichstages, einen großen Werth, weil ich darin — ganz im Geiste der Bestrebungen meiner Partei — allein die Möglichkeit erblicke, zu gefunden parlamentarischen Verhältnissen zu gelangen, sowie zu einer ruhigen, gleichmäßigen Entwicklung unserer staatlichen Institutionen auf liberaler Grundlage. (Lebhafter Beifall.) Die „Liberalen Vereinigung“, der ich angehöre, hat sich nur eine Sammlung und dadurch eine Stärkung der liberalen Kräfte im Lande zur Aufgabe gestellt, sie ist keine dogmatische Partei, sie ist sich bewußt, deshalb gerade liberal zu sein in der Auslegung freisinniger Meinungen und Grundsätze, und abweichende Ansichten zu achten, so lange dieselben überhaupt nur mit den Prinzipien vereinbar sind, welche allen wahrhaft liberalen Parteien als Basis dienen. (Zustimmung.) Diese Haltung hat durch die letzten Wahlen die Billigung der öffentlichen Meinung gefunden; in mehr als doppelter Zahl ist meine Partei wieder im neuen Reichstage vertreten. Die heftigen Angriffe, welche von allen Seiten gerade gegen uns gerichtet wurden, beweisen am besten, daß man in dem ruhigen, aber festen Vorgehen meiner Freunde einen Gegner erkannt, mit dem zu rechnen man genöthigt ist. Diejenige besonnenen Verhalten gegenüber, welches in der unverrücklichen Treue zu Kaiser und Reich wurzelt und gerade aus diesem Boden allein die Kraft schöpft zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung, konnten die Verdächtigungen in den Wahlkämpfen zwar felsam erscheinen, immerhin aber in der Erregung jener Zeit ihre Entschuldigungsverfinden. Was in jenen Tagen gesündigt worden, hat vor der Öffentlichkeit in den Wahlverhandlungen des Reichstages ernste Sühne gefunden. Ich glaube, Freund und Feind sind in dem Gefühle eins, daß der gute Ruf unserer Nation nie wieder auf eine solche Probe gestellt werden darf, wenn derselbe nicht ernste Gefährdung erleiden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Wie ein trauriger Nachklang jener Tage mag es nun aber erscheinen, wenn es möglich ist, daß jetzt, in ruhigerer Zeit, die „Liberalen Vereinigung“ im Reichstage noch als eine Partei bezeichnet werden darf, „welche die Autorität des Königthums und der verfassungsmäßigen Rechte der Krone zu untergraben prinzipiell bestrebt sei“. Man muß im politischen Leben sich ja abhärten gegen jede Art von Kritik und ich habe, soweit meine Person dadurch betroffen worden, gelernt, solche unbeachtet zu lassen. Wenn aber meine ganze Partei beschuldigt wird, dann erachte ich es für meine Pflicht, dagegen auf das entschiedenste Verwahrung einzulegen. Für mich ist die Liebe zu meinem Könige und Vaterlande der Leitstern in meinem öffentlichen Wirken und ich gestehe Niemandem das Recht zu, diese meine Gesinnung, die von allen meinen politischen Freunden ge-

theilt wird, in Zweifel zu ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich werde mich nun heute darauf beschränken, in der Hauptsache zunächst die beiden Vorlagen zu erörtern, und meine Stellung zu denselben zu rechtfertigen, bei welchen im Schooße der liberalen Fraktionen abweichende Ansichten hervorgetreten und daher ein einstimmiges Votum nicht abgegeben wurde. Es sind dies namentlich die Hamburger Vorlage und der Antrag Windthorst betreffend die Aufhebung des Reichsgefängnisgesetzes vom 4. Mai 1874. Ich glaube, daß ein Eingehen gerade auf diese beiden Fragen auch schon aus dem Grunde angezeigt erscheint, weil über beide hier in meinem Wahlkreise entgegengesetzte Meinungen laut geworden und an mich herangekommen sind.

Lassen Sie mich gleich mit der Hamburger Vorlage beginnen, da hier die Differenz in den Ansichten vielleicht am größten, aber gerade diese Frage im Moment ihrer Entscheidung am wenigsten einen Gegenstand politischer Parteientwässerung bildet. Ich beabsichtige nicht, die lange Vorgeschichte dieser Sache hier zu erörtern, sie gewährt ein so wenig erquickliches Bild, daß man besser thut, einen Schleier darüber zu breiten. Ganz gebilligt ist das Vorgehen Hamburg gegenüber wohl von keiner Seite, entschuldigt wird es wohl nur von denen, die von demselben für ihre Sonderinteressen ganz andere Resultate sich versprochen, als schließlich dabei herausgekommen. Ja, ich glaube behaupten zu dürfen, daß selbst die Regierung, wenn sie bei Beginn der Maßnahmen zur Umgestaltung von Hamburgs Stellung zum Zollgebiet schon klar die Verhältnisse überblickt hätte und der Ziele sich bewußt gewesen wäre, die erreicht werden sollten, sie gewiß ein anderes Verfahren eingeschlagen haben würde, das vielleicht nicht einen solchen Stachel in den Gemüthern der Betroffenen zurückgelassen hätte, wie das zur Anwendung gebrachte. (Zustimmung.) Meine Herren! Gegen die Annahme der Hamburger Vorlage sprachen verschiedene unüberlegliche Gründe. Volkswirtschaftlich hat der Zollanschluß für das Reich, auch nach meiner Ansicht, keinen nachweisbaren Nutzen, da der großartige überseefische deutsche Handel, den Hamburg jetzt vermittelt, in keiner Richtung dadurch gesteigert werden kann. Die Zollentnahmen von der Bevölkerung Hamburgs werden schwerlich einen höheren Ertrag bringen, als das jetzige sehr reichliche Aversum, das trotzdem vielleicht noch einer weiteren Steigerung fähig gewesen wäre. Eine zeitgemäße und dringende erforderliche Umgestaltung der Hamburger Hafenanlagen ließ sich nicht nur ebenso gut, sondern noch viel besser und für Hamburg selbst mit viel geringeren, für das Reich mit gar keinen Kosten vornehmen, wenn das Freihafengebiet in seiner jetzigen Ausdehnung bestehen bliebe! Der hochpolitische Zweck, von dem irrigerweise die ganze Agitation ausging, ist nicht erreicht worden, man hat sich vielmehr von der Unmöglichkeit überzeugt, die Freihäfen überhaupt zu beseitigen. Für die Annahme sprach nur ein einziger, aber für mich entscheidender Grund: der Vertrag zwischen dem Hamburger Senat und dem Reichskanzler wurde nicht hinfällig, wenn die Vorlage jetzt abgelehnt ward. Er wäre daher bis zur Annahme in jeder nächsten Session dieses Reichstages und in jeder Session jedes folgenden Reichstages wieder vorgelegt worden. Ich sollte meinen, wir kennen Alle den Fürsten Bismarck genügend, um uns zu sagen, daß derselbe hiervon gewiß nicht Abstand genommen hätte, um so weniger, als der Reichstag in diesem Falle vollkommen machtlos war, dies zu verhindern. Was wären nun aber die Folgen dieses Verfahrens gewesen — lassen Sie mich das an unseren hiesigen Verhältnissen beleuchten. Denken Sie sich, Stettin sollte einen Freihafen und dieser mit allen dazu gehörigen Einrichtungen etwa auf der sog. Schlächterwiese beim Bleichholm angelegt werden, wie das übrigens Anfangs der 50er Jahre einmal ernstlich in Aussicht genommen war. Stellen Sie sich nun vor, welche Veränderungen im Werthe einerseits unserer Speicher, andererseits des für den Freihafen bestimmten und demselben zunächst gelegenen Grundeigenthums hieraus resultiren würden! Nehmen Sie ferner an, die Angelegenheit bliebe jahrelang in der Schwebe und beachten Sie sodann, in wie unerträglicher Weise alle nothwendigen Verbesserungen unseres Hafens, unserer Handelsanstalten ins Stock-

gerathen würden und welche Unsicherheit sich geltend machen müßte. Und nun übertragen Sie einmal dies Alles aus dem kleinen Maßstab unserer Stettiner Verhältnisse in den großen Maßstab Hamburgs, wo, um die Sache nur noch komplizierter zu machen, begünstigt durch das System der Fleeten und Kanäle, die Speicher bis weit über die nicht zur eigentlichen Geschäftsgegend gehörenden Theile der Stadt zerstreut liegen und außerdem noch große Flächen des künftigen Freihafengebiets eng bebaut sind! Sie werden dann ermessen, in welche Lage Hamburg, seine Staatsverwaltung und seine Grundbesitzer durch die Verschleppung der Frage gekommen wären. Unter diesen Umständen befand sich der Reichstag vor der Alternative, zwischen einem bestimmt begrenzten Geldopfer des Reichs und ganz unübersehbaren Nachtheilen für ein wichtiges Glied desselben zu wählen. Mir ist ein akutes Uebel lieber als ein chronisches, kaufmännisch ausgedrückt: wenn ich sehe, daß ich ein schlechtes Geschäft gemacht habe, so suche ich lieber mit dem ersten Verlust, den ich genau übersehen kann, herauszukommen, als daß ich in der unsicheren Hoffnung, mein Geld zu retten und mit heiler Haut davonzukommen, mich dem doppelten und dreifachen Verlust aussetze! Hier war überdies die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß, nachdem die Hamburger Frage sich vielleicht jahrelang hingeschleppt hätte, dem Reiche schließlich die Bewilligung von 40 Millionen doch nicht erspart geblieben wäre. Wenn nun ein so bedeutender Faktor in unserem deutschen Handel nicht jahrelang so leiden kann, ohne daß sich die Rückwirkungen solcher Zustände für den Gesamtmarkt fühlbar machen müssen, so werden Sie es mir, der ich, als einer der wenigen seefährigen Kaufleute im Reichstage, die Vertretung berechtigter Handelsinteressen in demselben zur ganz besonderen Aufgabe mir gestellt habe, nachfühlen können, daß diese Erwägungen mich zu gewissen Summen zu stimmen. Eine Zustimmung zu dem ganzen Verfahren des Zollanschlusses wird und kann Niemand aus meinem Votum ableiten wollen. Dagegen hoffe ich bestimmt, daß dasselbe mir ein Recht gegeben, mit Entschiedenheit an maßgebender Stelle für die sofortige Durchführung der dem Hamburger Handel zugestandenen Begünstigungen auch für unsere Dampfschiffe einzutreten. (Beifall.) In den Verhandlungen haben die Bundesbevollmächtigten bestimmt zugesagt, daß die Hamburg durch den Anschlußvertrag gewährleisteten Erleichterungen des jetzt im Zollgebiet bestehenden zollamtlichen Verfahrens auf alle übrigen Seehäfen des Zollgebiets ausgedehnt werden sollten. Es ist also klar, daß dieselben ohne Nachtheil für das Zollinteresse eingeführt werden können. Wenn dies aber der Fall, dann ergibt sich doch als berechtigte Forderung, daß sie nicht erst nach vollzogenem Anschluß Hamburgs, sondern sofort eingeführt werden müssen, eine Nothwendigkeit, die mir um so dringender erscheint, je freier sich bis zum vollzogenen Zollanschluß der Hamburgische Handel im Vergleich mit dem der Zollgebietshäfen bewegen kann. — Für den Handel und die Industrie Stettins, namentlich für letztere, hat die Sache eine unmittelbare praktische Bedeutung, zumal der Hamburger Vertrag einer Anzahl in das Zollgebiet einzuschließender Fabriken, darunter einer Spiritusfabrik, die Fortdauer ihres Betriebes unter vollen Freihafen-Institutionen zugesetzt. Die hiesigen Spiritusfabriken haben sich leider jahrelang vergeblich bemüht um Zolleinrichtungen, die es ihnen ermöglicht haben würden, fremden Spiritus zur Wiederausfuhr zu raffiniren, so daß in diesem wichtigen Industriezweige Hamburg einen großen Vorsprung vor Stettin gewonnen hat. Sie sehen, der Spiritus spielt noch immer eine Rolle trotz Ethos! Ich hoffe, daß der Bundesrath aus eigenem Antriebe Schritte thun wird, um das von seinen Vertretern gegebene Wort schon jetzt einzulösen, andernfalls behalte ich mir vor, in der nächsten Session des Reichstages, mit den Abgeordneten der anderen Seestädte, bestimmte Anträge in dieser Richtung zu stellen. (Beifall.) Soviel über Hamburg zur Motivirung meines Votums.

Ich will nun, meine Herren, in aller Kürze den Antrag Windthorst berühren. Bei demselben handelt es sich um ein bereits seit Jahren nicht mehr zur Anwendung gebrachtes Ausführungsgesetz zu den preussischen Maigesetzen. Der Antrag

scheint vom Centrum nur eingebracht worden zu sein, um die Stellung der Parteien zu sondiren, oder die Regierung zu einer Erklärung zu veranlassen. Letzteres ist garricht, ersteres nur sehr mangelhaft erreicht, da in allen Fraktionen des Reichstages verschiedene Anschauungen zur Geltung kamen. Ich habe den sogenannten Kulturkampf immer lebhaft beklagt, da er mit der Hauptsache an den traurigen Erscheinungen trägt, die unser politisches, namentlich aber unser parlamentarisches Leben zu einem so unfreudlichen gestalten. Ich stehe mit meinen politischen Freunden — ich folge hier besonders den Anschauungen des hochverehrten Kollegen v. Jordan — auf dem Standpunkt, daß ich den dringenden Wunsch hege, es möchte unter Festhaltung der Grundzüge der Reichengesetzgebung im Hinblick auf die wesentlichen Rechte des Staats gegenüber der Kirche, doch ein modus vivendi sich finden lassen, um den Gewissen der katholischen Bevölkerung nicht entgegenzutreten, wie dies seither leider geschehen ist. Eine Zustimmung zum Antrag Windthorst konnte zu einer Schwächung des Staats führen und die Erreichung des von allen gewünschten Friedens gefährden, indem Hoffnungen erweckt wurden, die sich möglicherweise bei der Revision der Maigesetze im preussischen Abgeordnetenhaus nicht erfüllen lassen. Unter solchen Umständen habe ich, nach Ablehnung einer unserer Bedenken Rechnung tragenden Resolution, mit der Mehrzahl meiner Parteigenossen gegen den Antrag Windthorst gestimmt. (Beifall.)

Meine Herren! Wenn ich in dem Vorhergehenden die Fragen besprochen habe, in welchen Meinungsverschiedenheiten, wenn auch nur taktischer Natur, unter den Liberalen herrschten, so möchte ich nun im Gegensatz hierzu, zum Schluß, der gemeinsamen Arbeit erwähnen, die durch das einmüthige Zusammenwirken aller Liberalen in der „Hauptpflichtgesetz-Novelle“ — als Fortentwicklung des betreffenden Gesetzes vom 7. Juli 1871 — dem Reichstage unterbreitet wurde. Die drei großen liberalen Fraktionen des Reichstages haben hier die Initiative ergriffen, auf dem wichtigen Gebiete der Unfallversicherung Positives zu schaffen und um die Behandlung dieser Frage wieder in die richtige Bahn zu lenken. Es ist umsomehr Hoffnung vorhanden, daß die in dieser Novelle niedergelegten Gedanken ihre Verwerthung finden werden, als der Reichskanzler mit der ihm eigenen Offenheit, welche man an ihm ehren muß — selbst den Stab über die vorjährige Gesetzentwurf gebrochen hat, durch seine Erklärung, daß die zentralisirte bürokratische Versicherungsanstalt, welche die Grundlage des vorigen Entwurfs bildete, ein Irrthum gewesen sei, da sie nicht würde funktionieren können. Somit ist der liberale Antrag auf Erweiterung der Hauptpflicht gegenwärtig der einzige positive Vorschlag zur Erfüllung einer von allen Seiten übereinstimmend als begründet und dringlich anerkannten Forderung unserer Arbeiter. Alles, was die Arbeiter billigerweise an materiellem Schutz verlangen können, als Verbesserung der gegenwärtigen Hauptpflichtgesetzgebung wird in diesem Gesetzentwurf denselben im weitesten Umfange gewährt. Derselbe bezieht die Hauptpflicht aus auf alle Betriebe, in denen sie sich irgend rechtfertigen läßt — wobei ich es als offene Frage behandeln möchte, ob es auf Seeunfälle durchführbar — auf alle Berufstätigkeiten, welche mit Gefahren für Gesundheit und Leben verknüpft sind, auch auf die Landwirtschaft, soweit in derselben Maschinenbetrieb in Anwendung kommt. Er dehnt die Pflicht auf alle Unfälle jeder Art aus und schließt nur diejenigen aus, welche von den Verletzten vorsätzlich herbeigeführt werden; er beseitigt die Einschränkung, daß die Entschädigung nur bei nachgewiesenem Verschulden der Betriebsleitung zu leisten ist. Er legt ferner dem Unternehmer die Pflicht auf, für die Tödtung und Verletzung eines in dem Unternehmen beschäftigten Arbeiters diejenige Entschädigung zu gewähren, welche das Gesetz bestimmt — befreit also den Arbeiter von jedem Antheil an der Versicherungslast! Im Gegensatz zu dem vorjährigen Regierungsentwurf wird hier der Gedanke einer Reichsversicherungsanstalt ganz verworfen. Es soll der Privatthätigkeit die Befriedigung eines durch geschäftliche Unternehmungen geschaffenen Ver-
sicherungszweiges überlassen bleiben.

edürfnisse überlassen bleiben. Als wird ausgesprochen, daß jeder Unternehmer Ausnahme bei den Unternehmungen von Städten oder Gemeinden, verpflichtet sei, wegen Erfüllung der Haftpflicht eine Versicherung zu nehmen. Solche Versicherung kann bei jeder genossenschaftlichen oder sonstigen Versicherungsanstalt genommen werden, welche hierfür die nötige Gewähr leistet und gewisse Normativbestimmungen erfüllt. Es soll z. B. für jede festgestellte Rente das zur Deckung erforderliche Kapital bei der vom Bundesrath hierfür bestimmten Stelle hinterlegt werden. Die Versicherungsanstalt unterliegt ferner hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen der Aufsicht der Landes- und Staatsbehörde. Das dürften im Wesentlichen, meine Herren! die leitenden Grundzüge des Gesetzentwurfs sein, von denen man nur wünschen kann, daß dieselben bei der jetzt von der Regierung in der Ausarbeitung begriffenen Vorlage, die den Reichstag vermutlich erst im Herbst beschäftigen soll, vollständig sich zeigen und sich finden möchten. Bis dahin wird ja auch die vom Reichstag genehmigte Verfassungskommission, wie verlautet, am 5. Juni erfolgen soll, das von der Regierung erhoffte weitere und genaue Material zur Grundlage für das Unfallversicherungsgesetz herbeigeschafft haben. Offenlich wird es dann gelingen, das staatssozialistische Werk zu befestigen, durch welches der Entwurf der Regierung diese einfache und durchaus nicht schwer zu lösende Frage so kompliziert gemacht hatte, daß sie eine Erleichterung in dem vorigen Reichstag nicht finden konnte. — Möge dann redlich der allgemeine Wunsch, auf diesem Gebiete wirklich Gutes und Segensreiches für unsere Arbeiter zu schaffen, in Erfüllung gehen. (Lebhafte wiederholte Beifall.)

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Der preussische Volkswirthschaftsminister tritt am Dienstag im Reichstagsgebäude in einem der für den Bundesrath bestimmten Sitzungssäle, in welchem er früher bereits saß, zu seiner neuen Session zusammen. Die Eröffnung wird dem Vernehmen nach durch den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, v. Bötticher, erfolgen. In der ersten Sitzung sollen dann noch die Bildung von Kommissionen und andere Formalien erledigt werden.

— Aus Kiel wird von einem bedauerlichen Unfall berichtet:

Wie „E. T. C.“ berichtet, erkrankte, der „Kiel-er Zeitung“ zufolge, am Sonntag die Marinekadetten Crepin, von Stoesser und Quistorp, welche bei stürmischem Süd-West eine Segelfahrt in der Kieler Bucht machten. Das Boot kenterte. Die Kadetten Werdeмейстер und Stahmer wurden gerettet.

— Wie der „Trib.“ jetzt gemeldet wird, soll eine Frühjahrsession des Reichstages in bestimmte Aussicht genommen sein und zwar zum Zweck der Durchberatung des Tabakmonopols. Man rechnet auf eine Dauer der Session bis zur Mitte Juli.

— Die neuesten Nachrichten aus London stellen den Ausbruch einer Kabinettskrise in Aussicht. Gladstone soll, dem „Daily Telegraph“ zufolge, in Folge des Vorgehens des Oberhauses in Sachen der irischen Landacte entschlossen sein, zu demissioniren. Für den Fall, daß die Bildung eines neuen Ministeriums unter Lord Hartington nicht gelingen sollte, da der radikale Flügel wahrscheinlich abfallen würde, sei eine Auflösung des Parlaments in Aussicht genommen. Gegenwärtig finden informatorische Unterhandlungen zwischen einflussreichen Mitgliedern beider Parteien statt, um einen Konflikt zwischen den beiden Häusern des Parlaments abzuwenden. Heute Nachmittag findet eine Versammlung liberaler Mitglieder des Unterhauses bei Gladstone statt.

— Wie „E. T. C.“ aus Konstantinopel meldet, unternahmen die Mitglieder der außerordentlichen preussischen Gesandtschaft am Sonntag bei prächtigen Wetter eine Luftfahrt auf dem Bosphorus und folgten später eine Einladung des Marschalls Nampf Pascha zum Diner.

— Der Petersburger „Herald“ erklärt als authentische Mittheilung vertreten zu können, daß neben der Rückberufung Stobolew's „dafür gesorgt ist, daß nun und nimmer wiederum ein hoher Staatsdiener sich erlauben wird, auf eigene Faust hohe Politik zu treiben, wie geschehen.“ Das Blatt setzt hinzu:

„Im Uebrigen halten wir die so viel Staub aufgewirbelte Affaire Stobolew politisch für völlig erledigt. Für ängstliche Gemüther wollen wir noch hinzufügen, daß unsere Regierung die von ihr stets befolgte Politik: Die Aufrechterhaltung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie der stetigen Fürsorge einer gesunden Fortentwicklung in unseren inneren Verhältnissen unentwegt innehalten wird. Alle gegenwärtigen Annahmen und Maßnahmen sind wir in der erfreulichen Lage, als in jeder Beziehung grundlos bezeichnen zu können.“

— In offiziellen Kreisen wird an der Festhaltung, daß die Reise des Fürsten Delow keine politische Bedeutung habe. Man beruft sich darauf, daß der russische Botschafter in Paris bereits seit längerer Zeit den Urlaub nachgeholt habe, den er jetzt angetreten hat; über seinen hiesigen Aufenthalt verlautet, daß Fürst Delow bei seiner Ankunft dahier am Sonnabend bereits einen Brief des Fürsten Bismarck, Schriftstücke aus dem hiesigen auswärtigen Amt und solche aus St. Petersburg vorfand. Fürst Delow hatte eine ungewöhnlich lange Audienz beim Kaiser und wiederholte Besprechungen mit dem Kronprinzen, dem Reichskanzler und

dem russischen Botschafter dahier. Fürst Delow wird daher im Stande sein, die Eindrücke, welche die letzten Vorgänge in hiesigen maßgebenden Kreisen hervorgerufen haben, seinem Souverän nach allen Seiten hin darzulegen. Nachdrücklich wird von unterrichteter Seite fortwährend bestritten, daß von hier aus in der Stobolew'schen Sache ein Schritt irgend welcher Art geschehen sei. Der schriftliche Vortrag, den Fürst Bismarck dem Kaiser erstattete und welcher als die erste größere Arbeit des Reichskanzlers seit seiner letzten Erkrankung bezeichnet wird, habe dahin konkludiert, keinen Forderung wegen des Stobolew'schen Zwischenfalls zu thun. Der Artikel der Petersburger „Neuen Zeit“, welcher die Vereinigung der nihilistischen und panslawistischen Agitation proklamirt, hat hier in leitenden Kreisen einen ganz ungewöhnlichen Eindruck gemacht, da derselbe als direkt antidynastisch aufgefaßt wird; dieser Eindruck soll auch dem Fürsten Delow gegenüber nicht zurückgehalten worden sein.

— Die österreichischen Eisenbahnen haben sich veranlaßt gesehen, die der österreichischen Nordwestschiffahrt-Gesellschaft bisher allein zugestandenen Tarifbegünstigungen auch der übrigen Schiffahrt zugestehen, so daß die der Nordwestschiffahrt-Gesellschaft eingeräumten Refaktien von dem kombinierten Frachttage auch der deutschen Elbeschiffahrt-Gesellschaft „Kette“ und den mit ihr verbundenen Privatschiffen zugestanden worden sind. Ueber die Geschichte dieser Maßregel berichtet die „Presse“:

Die deutschen Schiffer haben sich bekanntlich auch an die deutsche Reichsregierung um Intervention in dieser Angelegenheit gewendet. Dies hatte den Erfolg, daß die deutsche Reichsregierung sich in einer Bescheidnote an das österreichische Kabinett wendete, in welcher das Vorgehen der österreichischen Eisenbahnen als vertragswidrige Tarifpolitik bezeichnet wird. Derselbe widerspricht nämlich dem ersten Abzuge des Artikels 16 des österreichisch-deutschen Handelsvertrages, welcher stipulirt, „daß hinsichtlich der Beförderungspreise auf Eisenbahnen zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschließenden Theile kein Unterschied gemacht werden dürfe“. Diese vertragswidrige Tarifpolitik sei außerdem „unvereinbar mit der Unterthänigkeit, welche Oesterreich-Ungarn seitens Deutschlands in der Donaufrage erfahren hat und noch fernerhin zu genießen wünscht“. Daraufhin hat der Handelsminister sofort Erhebungen pflegen lassen und die in Rede stehenden österreichischen Eisenbahnen beauftragt, das Entsprechende vorzutragen, damit den von Seiten der deutschen Regierung auf Grund des Artikels 15 des österreichisch-deutschen Handelsvertrages erhobenen Beschwerden sofort Rechnung getragen werde.

Ausland.

Paris, 26. Februar. Heute fand die Beerdigung von Marie Ferré, der Schwester des bekannten Kommunisten, statt, der feierlichst hingeleitet wurde. Louise Michel hielt die Grabrede und beendete dieselbe mit dem Rufe: „Vive la Révolution!“ Ein anderer Redner verkündete den bevorstehenden Tag der Revolution mit dem Hinweis, daß die Rehabilitirung der Opfer der Kommune nahe sei. Bei der Leichenfeier fand keinerlei Aufregung statt. Nachher begab sich nicht bis auf den Friedhof.

Die parlamentarische Debatte über den Antrag Boysses auf Trennung der Kirche vom Staate beginnt am 6. März. Als Redner sind bereits Lockroy und Boysses für den Antrag, Treppel und de Mun gegen denselben vorgemerkt.

Marseille, 26. Februar. Es kursiren hier Nachrichten aus Tunis, wonach sich wieder mehrere Stämme an der südlichen Grenze von Tunis empört haben. Dieselben hätten andere Stämme gezwungen, sich ihnen anzuschließen und Plünderungszüge unternommen. Die Stadt Hamma soll von den Ausländern zerstört worden sein, weil sie sich geweigert habe, sich den Ausländern anzuschließen.

Provinzielles.

Stettin, 28. Februar. Wer Dr. Brehm's „Thierwelt“ oder andere seiner Werke gelesen, rühmt den gelehrten Afrika-Reisenden wegen seiner so leicht verständlichen Schreibweise; wer seine Vorträge gehört, wird aber erst vollständig in seinen Empfindungen ergriffen und fühlt sich in die Wirklichkeit der von dem Redner geschilderten Ereignisse hineinversetzt. Ein solcher Vortrag, zu dem Herr Dr. Brehm durch den Ornithologischen Verein in veranlaßt worden war, hatte am Sonnabend ein äußerst zahlreiches Auditorium in der Aula des Marienstifts-Gymnasiums versammelt und trotz des Drängens und der erdrückenden Hitze hielten die Zuhörer bis zum Schluß des interessanten Vortrags aus. Herr Dr. Brehm hatte, die Steppen Afrikas und seine Thierwelt, oder wie derselbe selbst im Laufe des Vortrags verbesserte, „und seiner Bewohner“ zum Thema gewählt. Unser Raum ist zu beschränkt, um den ganzen interessanten Vortrag hier wiedergeben zu können; wir können es aber nicht unterlassen, einige der in demselben geschilderten Szenen wiederzugeben. Zunächst ein Nachtlager in der Steppe. Der Reisende, wenn er die Steppe betritt, findet nichts, was ihm besonderes Interesse erregt, die Steppe auf den Kamelen wird fortgesetzt, bis die Sonne untergeht und plötzlich tiefschwarze Nacht einbricht. Es werden die Teppiche zum Lager ausgedehnt, zum Schutze gegen die Raubthiere inmitten des Lagers ein helles Feuer entzündet und während der Nacht in Brand erhalten. Alles ist still umher und der Reisende kann annehmen, kein lebendes Wesen bewohne die Steppe. Da plötzlich wird es am Lager lebendig! Mammuth große Spinnen, Skorpione, Schlangen (Eva-Viper) werden zu Tausenden vom Fenerlicht herangelockt. Ein groß-

artig schöner, schauerlicher Anblick! Die Schläfer springen auf, um die ungetriebenen Gase zu befechtigen, mit Zangen wird auf dieselben Jagd gemacht, bis alle ergriffen und ins Feuer befördert sind. Ueber tritt Stille ein, welche nur zuweilen unterbrochen wird durch das Gebrüll eines Löwen, des Knirsches der Steppe, durch das Klagegeschrei der Schakale und durch das Geschrei oder Gelächter einer Hähne; dazwischen hört man auch wohl das Geräusch einer Eidechse oder der geflügelten Brillenflange — der letzteren Herannahen ist nur dem geübten Ohr kenntlich. Plötzlich erklingen schönerer Art. Ein kleiner buntgefiederter Vogel hat sich dem Feuer genähert und auf einem Baum oder Strauch Platz genommen und beginnt seinen Gesang. Auch ein Vogel mit vier Flügeln zeigt sich zuweilen, der im Fluge ausstieft als würde er von zwei kleinen Vögeln begleitet. — Wehe dem Reiter, der es veräumt hat, seine Kleider und sein Gepäck auf einem Stein zu bewahren, sondern auf dem Erdboden gelegt hat, er kann gewiß sein, daß er am Morgen alles, was aus Pflanzenstoff besteht — selbst Holzstämme — vollständig oder gleich einem Spinnweben zerfressen vorfindet; diese Zerstörung verursacht eine Ameise, der unsrigen ähnlich.

Den größten Vogel der Steppe, den Strauß, sieht der Reisende selten; derselbe ist zu scheu und duckt sich beim Herannahen der Menschen so im Grase, daß er unbemerkt bleibt. Aus solcher Stellung können sie nur zur Jagdzeit durch ausgezeichnete Hunde aufgespürt werden. Gewöhnlich lebt der Strauß mit seinen Gefährten im Frieden, nur wenn die Zeit des Paarens eintritt, so vereinigen sie sich zu einzelnen Trupps von fünf — 1 Männchen und 4 Weibchen — und dann hat auch die Friedlichkeit ein Ende. Die Männchen suchen sich gegenseitig mit dem Mitteltheil ihres Fußes im Vorbeilaufen Wunden, oftmals der gefährlichsten Art, beizubringen. Ebenso züchtigen sie auf diese Weise auch ihre Weibchen. Bei aller Nothheit ist das Männchen liebevoll. Es übernimmt das Aufheben der Eier ganz allein, welche Arbeit sechs Wochen Zeit erfordert, legt und pflegt auch die Jungen allein bis zu der Zeit, wo sie sich selbst überlassen sein können. Vier Jahre währt es bis der Strauß ausgewachsen ist. Ein anderer interessanter Vogel ist der Gausler oder Himmelsvogel. Begaubend schön, bewundernswürdig und erhaben schildert Redner den Flug dieses himmlischen Vogels mit zimmetbraunem Rücken, rothen Schnabel und Füßen, kurzem Schwanz und gebogenen großen silberweißen Flügeln. Kein anderer Vogel der Erde könne ihm in seinem Fluge wohl gleichen. Von den Einwohnern wird der Gausler hoch verehrt, und herrscht bei ihnen der Glaube, daß jeder Kranke gehe, wenn ihm die Wurzel gereicht, die dieser Vogel direkt vom Himmel hole. Höchst interessant war die Schilderung der Molchs. Dieser Fisch ist in drei Monaten des Frühlings in den Wässern der Rinnen und Vertiefungen der Steppe, welche in der Regenzeit entstehen, zu finden. Sobald die Regenzeit geendet, verschwinden die Wässer und mit ihnen der Molch. Neun lange Monate hält dieser dann seinen Schlaf in der Erde. Bei fortwährendem Absondern von Schleim bohrt sich der Molch rund drehend in das Erdbreich ein, bildet so durch den Schleim und die Erde eine luftdichte Kapselform, in welcher er verbleibt, bis sich die Wässer wieder einstellen. In dieser Kapselform kann der Molch nach Europa verschickt werden, und zu beliebiger Zeit aus seinem Schale gewickelt werden. Mit warmem Wasser wird behutsam die Erde entfernt und abgelöst. Schlaftrunken, taumelnd bewegt sich der Fisch dann, bis er nach 1½ Stunden lustig im Wasser umher schwimmt. Auch in der Fremde geht der Molch dem Triebe des neun Monate langen Schlafes nach, nimmt man ihm das Wasser und giebt ihm schlammigen Boden. Ja, ein Bedürfnis scheint dieser Schlaf für ihn fast zu sein, denn unruhig bewegt zeigt er das Herannahen dieser Zeit an. Giebt man ihm jedoch zur Einkapselung keine Gelegenheit, so überwindet er diese Periode, und lebt bei uns dann wie jeder andere Fisch.

In fesselnder Weise schildert Redner die Bewohner der Steppe und ihre Gewohnheiten. Es sind dies Vollblut-Arabier und gemischte Stämme, welche im Besitz großer Viehheerden sind und die Raubthiere bekämpfen und tödten, doch häufig greifen sie auch die Reisenden an. Zum Theil sind es Arabier, doch nach der Schilderung des Redners muß man sich von denselben einen anderen Begriff machen, als den, welchen man beim Anblick der Arabier im zoologischen Garten gewonnen, besonders das weibliche Geschlecht verstand Redner recht appetitlich zu schildern. Zur Inhabung der Haartour einer vornehmen Kutterin bedarf diese 3 bis 4 Sklavinnen, welche ca. 3 Tage hieran zu thun haben. Je vornehmer die Dame, je dünner das Haar, die Locken. Nachdem die Locken geordnet, werden sie mit einer dicken Schicht Hauptsalbe überstrichen, so daß das tiefschwarze Haar vollständig weiß erscheint, bis die glühenden Sonnenstrahlen die edle Salbe von den Lockenspitzen auf die sammetweichen Arme und andere Theile des Körpers in flüssigen Tropfen herniedertropfen läßt.

Als die höchste Ehre — eine Ehre, um die ihn selbst die nubischen Jünglinge beneiden — gilt es für einen Fremden, wenn ihm alle Jungfrauen, die ihm vorgestellt werden, ihre fetttiefenden Locken von rückwärts nach vorwärts auf sein Antlitz und seine Brust geworfen werden. Die schwerste Prüfung hat der Fremde bei den Frauen zu bestehen, denn in der Neugierde sind sie den europäischen Frauen „noch über“. Stundenlang sollen sie Fragen stellen, und nichts soll es geben, nach was der Fremde nicht befragt würde. Bevor der Reisende die Ansiedelung erblickt, wird er schon von den Ein-

wohnern bemerkt. Tanzend und mit Gesang kommen ihm schon in der Ferne die Frauen zur Begrüßung entgegen und führen ihn in das Haus der Fremden. Mit der größten Aufmerksamkeit geben sie sich seiner Pflege hin, und gestatten ihm die Gassfreundschaft, so lange er dieselbe in Anspruch nehmen will. Das männliche Geschlecht hat zu thun mit der Pflege ihrer Heerden, Zäunen von Holz, Zagen u. dergl. Obgleich mohamedanischen Glaubens, genießen sie von einbrechender Dunkelheit bis spät in dieselbe hinein, ein gegorenes Getränk, eine Art Bier, in großen Quantitäten, bis sie nicht mehr vermögen. Sie wissen aber, daß „Allah barmherzig ist“ und „Allah dem Sünder vergibt“. Ersteres sprechen sie beim Beginn des Trinkens, letzteres bei Beendigung desselben. Sie meinen, auf diese Weise könne sie der Tod nicht überraschen und seien sie alsdann der Seligkeit gewiß. Im Uebrigen leben sie ganz patriarchalisch und leben, Wirken und Handeln ist bei ihnen heute noch so, wie es die Bibel uns kund thut aus der Zeit Abrahams.

Zum Schluß erwähnte Redner noch des Königs der Steppe, des Löwen. Plötzlich in einer Nacht meldet er sich durch donnerähnliches Gebrüll. Er kommt, um sich seinen Tribut zu holen. Reiter der Bewohner und auch die sonst so treuen und munteren Jagdhunde denken daran, ihm denselben zu verweigern. Sie ziehen sich sämmtlich zurück. Der Löwe springt über die hohe Böschung, tödtet seine Beute, möglichst ein Kind, und befördert es über die hohe Böschung in den Wald, wo selbst er es verzehrt. Er hält es unter seiner Würde, seine Beute inmitten der geängstigten und zitternden Herde zu verzehren. — Vom Walde hört man den Wolf, Schakal und die Hyäne. Sie alle warten auf die Ueberbleibsel, die von des Königs Tische fallen. Nachdem das Mahl beendet, ist auch die letzte Spur der Beute verschwunden; höchstens bemerkt am nächsten Morgen ein Blick, nach oben gerichtet, eine Anzahl Geier, welche, nach dem Erdboden zu immer kleiner werdende Kreise schlagend, die Stätte anzeigen, wo in vergangener Nacht das Mahl gehalten worden.

Dr. Brehms Vortrag wurde von allen Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und mit Beifall belohnt und glauben wir im Sinne Aller zu handeln, wenn wir den Wunsch aussprechen, den gelehrten Reisenden recht bald wieder in Stettin zu sehen.

— Am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Greifenberg in Pommern ist der bisherige ordentliche Lehrer Dr. Bernhard Fahl and zum Oberlehrer befördert worden.

— Herr Dr. med. Doda aus Unter-Wald bei St. Gallen, welcher bereits in den größeren Städten Deutschlands Vorträge über „naturgemäße Lebensweise“ gehalten hat, ist auch von dem hiesigen homöopathischen Verein für einen Vortrag gewonnen, welchen derselbe am Freitag, den 3. März, im Saale des alten Rathhauses halten wird.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Carmen.“ Oper 4 Akte.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 27. Februar. Gerüchte in hiesigen Blättern, wonach die Direktion der Preßebahn von Bukarest am 25. d. den Befehl erhalten, ihren Fahrpark zur Verfügung des Kriegsministers bereit zu halten, wurde vielfach besprochen.

Christiana, 26. Februar. Der gestrige Fackelzug zu Ehren des Kronprinzen und der Kronprinzessin war äußerst glänzend; es nahmen gegen 3000 Personen mit 600 Fackeln an demselben Theil.

Paris, 27. Februar. Bei den gestrigen Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurden, mit Ausnahme des Bonapartisten Haentjens, ausschließlich Republikaner der verschiedenen Nuancen gewählt. In 5 Fällen ist Stichwahl erforderlich.

Petersburg, 25. Februar. (Auf indirektem Wege eingetroffen.) Prozeß Trigonja. Bei dem gestern fortgesetzten Verhör der Angeklagten wies Emelianoff, welcher beschuldigt wird, bei dem Attentat am 13. März v. Js. als vierte Person eine Dynamitbombe geworfen zu haben, durch Zeugen nach, daß er an dem genannten Tage bis 5 Uhr Nachmittags zu Hause geessen und von dem Vorgefallenen erst durch einen Einwohner des Hauses Kenntniß erhalten habe. Um 2 Uhr war die Untersuchung und Vernehmung der Angeklagten und Zeugen beendet. Auf Wunsch der Parteien wurde sogleich die Verlesung der Dokumente begonnen und Abends beendet. Heute Vormittag um 11 Uhr begann der Staatsanwalt Murawjew seine Anklagerede. Den Prozeßverhandlungen wohnte täglich der Justizminister v. Rabokoff bei.

Petersburg, 27. Februar. Der Gesundheitszustand der Großfürstin Maria Pawlowna hat sich, wie der „Regierungsbote“ meldet, soweit gebessert, daß Bulletin nicht ferner ausgegeben werden.

Konstantinopel, 27. Februar. In der identischen Note der Botschafter, mit welcher derselben die Note der Pforte bezüglich des Konjular-Ceremoniells beantworteten, wird hervorgehoben, daß das den Repräsentanten der auswärtigen Mächte gegenüber einzuhaltende Ceremoniell durch den Wiener Vertrag vom Jahre 1815 geregelt sei. Das Aufheben der langgeübten Konjular-Ceremoniells würde dem Ansehen der Konjular nachträglich sein. Die Botschafter verlangen die Beibehaltung des status quo bis zum Empfange weiterer, eine Erörterung der Frage gestattender Weisungen.

Der armenisch-katholische Patriarch Azarian gelebte gestern zu Ehren der außerordentlichen preussischen Gesandtschaft ein feierliches Hochamt.